

Diese Zeitung erscheint am Montage, Mittwoch, Freitage  
und Sonnabend mit einem Mittwochenblatte.

Druck von Brand'schen priv. Buchdruckerei.

## Robert Blum.

†

An dieser Leiche soll kein Auge weinen,  
Des Grabes Ruh soll keine Klage stören,  
Das deutsche Volk, es mag bei den Gebeinen  
Des stummen Sohnes laute Rache schwören.  
Es donnert unser tausendfacher Fluch  
Entgegen ihren donnernden Kanonen:  
Ein rothes Meer harret seiner Pharaonen,  
Je einen Purpur für ein Leichentuch!

Noch einmal mag das Kriegsschwert sich verdingen,  
Als Henerschwert sich an den Thron zu schmiegen,  
Woll ist der Kelch und rasselnd wird er springen,  
Dass seine Scherben durch die Länder fliegen.  
Herbei, herbei! wer je ein Eisen trug —  
In seiner Mörder Brust es roth zu färben,  
Die Stunde ruft zum Siegen oder Sterben:  
Je einen Purpur für ein Leichentuch!

Sie mögen kalt die stolzen Häupter schütteln,  
Wenn selber ihre Knechte Gnade wimmern,  
Die Todten werden an den Kronen rütteln  
Und an den Friedhofsmauern sie zertrümmern.  
Geöffnet ist des Schicksals schwarzes Buch,  
Die bleiche Hand grub zu dem Siegersfeste  
Die ew'ge Flammenschrift in die Palläste:  
Je einen Purpur für ein Leichentuch!

Es führt der Stern der Zeit durch blut'ge Bahnen  
Uns zu der Völkerfreiheit stiller Wiege,  
Ein Himmelsglanz, die Könige zu mahnen,  
Dass dort gebeugt ihr Stolz im Staube liege.  
Ein großes Herz, das ihr entgegenfliehet,  
Gebrochen zittert's an dem Marschallstabe,  
Doch eine Welt ruft an dem Heldengrabe:  
Je einen Purpur für ein Leichentuch!

An dieser Leiche soll kein Auge weinen,  
Des Todten Ruh soll keine Klage stören,  
Das deutsche Volk, es mag bei den Gebeinen  
Des stummen Sohnes laute Rache schwören.  
Es donnert unser tausendfacher Fluch  
Entgegen ihren donnernden Kanonen:  
Ein rothes Meer harret seiner Pharaonen,  
Je einen Purpur für ein Leichentuch!

Am 14. November.

## Deutschland.

Δ Hildesheim, den 14. Nov. Außerordentliche Versammlung des Volksvereins. Es kam zufolge Beschluss der vorjährigen Versammlung zuerst die Frage über das Schreiben von dem Verwaltungsrath der Bürgerwehr auf die Tagesordnung. Von mehreren Bürgern ward gegen die Entsendung von Deputirten überhaupt gestritten und so machten sich viele Ansichten geltend. Der Beschluss des Comités war, den Volksverein allerdings zu ersuchen, 2 Deputirte in gewünschter Weise zu entsenden. Es befestigte sich hier das alte Wort, das Volk verzeiht, aber vergisst nicht! denn als daran erinnert ward, dass die Aufforderung nicht von dem Bürgerwehverein, sondern von dem Verwaltungsrath ausginge, drang eine Stimme hervor, welche an den

6. August erinnerte und an den Contrast zwischen dem damaligen und jetzigen Verhalten desselben Verwaltungsraths. Nachdem nun namentlich noch der Bürger Deitmar noch sehr logisch davon gesprochen, dass bei dem möglichen Falle, dass die Eiche gar nicht ersetzt zu werden brauche, es auch unnütz sei, Deputirte abzuschicken, so nahm endlich der Bürger, Präsident Weinhagen das Wort, indem er sagte, es sei eigentlich gegen seine Absicht gewesen, in diese Debatte sich einzumischen, da man aber vielfach den Beschluss des Comités missverstanden zu haben scheine, so könne er nicht unterlassen, einige Worte anzufügen. Er müsse heute, wie das vorige Mal, protestiren gegen die Meinung, als gäbe es eine Spaltung in dem Volke Hildesheims, er kenne nur ein Volk. Und wenn er nun allerdings dafür sei, dass wie gewünscht zwei Deputirte entsendet würden, — denn man müsse ja auch die Ansichten anderer Mitbürger ehren, welche ohne sich vom Volke und seinen Interessen abzusondern, doch es für rathsam halten können, in ihrer Weise ihre politische Thätigkeit zu beweisen, — so wünsche er, wie auch Comitésbeschluss sei, dass diese Deputirten auch mit einer Instruction versehen werden mögten, welche ihnen nicht gestatte, einen andern Beschluss zu fassen, wenn Etwas in Beziehung auf die Eiche geschehen sollte, als da, der im Interesse des ganzen Volkes der Stadt Hildesheim liege, dass nämlich was geschähe nicht von dem Theile des Ganzen, sondern von dem Ganzen ausginge, wie es im März geschehen sei, wo auch die Eiche nicht von einem Clubb und einem Verein u., sondern von dem ganzen Volk, von Alt und Jung, Männer und Frauen, gestanzt worden sei; glaube auch, dass wenn Etwas gethan würde, es bestimmt in dieser Weise beliebt und es sich so herausstellen würde, dass die beregten Zerwürfnisse unter der Hildesheimischen Bürgerschaft nur in der Idee vorhanden seien, nicht in der Wirklichkeit. Dieser Idee dürfe man aber am allerwenigsten Raum geben in einer Zeit, wo Berlin ein so schönes Beispiel politischer Einigkeit gegeben habe.

Hierauf ward eine Sitzung herbeigeführt und die Bürger Adv. Gottsleben und Kaufmann Strotmann zu den Deputirten durch Acclamation gewählt. Es kam hiernach die Verlesung der vom Bürger Adv. Götting verfassten Adresse an die Frankfurter National-Versammlung. (Wird in folgender Nummer mitgetheilt.)

Nachdem dieselbe unter vielem Beifall verlesen war, machte Bürger, Cand. Deitmar auf die Wichtigkeit, die ernste Wichtigkeit einer solchen Adresse aufmerksam, in einem Augenblicke, wo die bewaffnete Reaction es zweifelhaft gemacht habe, was eigentlich das Gesetz sei?

Der Bürger, Adv. Gottsleben stellte das Amendement: Hohe Nationalversammlung wolle eben so wenig, als sie eingegriffen habe in das Schicksal Oesterreichs und Preussens, ebenso wenig eingreifen in den Verfassungs- und Entwicklungskampf der kleinen deutschen Staaten und die Sehnsucht derselben nach Reichsunmittelbarkeit nicht durch Bajonetten zerstören. Angenommen.

Weinhagen das Wort zur Bericht

heraufzubeschwören, bezähmen wir lieber unsere heißen Wünsche, um fortwandelnd zu können auf der grünen Aue des Friedens. Und sind wir nicht darum, wenigstens ich, der ich die Republik wünsche, aus Liebe zu dem schönen Frieden hinausgezogen, um dem deutschen Reichsverweser, der Spitze der deutschen Einheit, unsere Huldigung abzuliegen? Haben wir damit nicht heiße Wünsche geopfert auf dem Altar des Vaterlandes für den heiligen Frieden? Dem nicht der Person, damit wir uns verstehn, nicht der Person des Herzogs Johannes, sondern dem deutschen Reichsverweser, in dem wir ein verkörpertes Bild deutscher Einheit sahen, galt unsere Huldigung. Wir werden darum auch immer treu festhalten an unserer Vertretung in Frankfurt, aber wir werden uns auch nimmer aus Furcht vor Bajonetten zurückhalten von jenem geraden und offenen Wege, den wir seit den Märztagen gewandelt sind und nehmen darum keinen Anstand, der Nationalversammlung fortwährend unsere Gefühle bei ihren Beschlüssen auszudrücken. — Hatte schon bei Verlesung der Adresse sich das Gefühl der Zuhörer mächtig bewegt, so war es jetzt, als der Redner fortfuhr, die neuesten Berliner Nachrichten mitzutheilen, wo der Berliner Nationalversammlung und Bürgerwehr (denen man schon in der Volksversammlung Hoch gebracht) die lebendigsten Sympathien bezeugt wurden. — Dann ging er über zu der standrechtlichen Hinrichtung Robert Blum's. Als er darauf aufmerksam machte, wie der Nord dieses edlen Freiheitskämpfers, ihm die Märtyrerkrone gegeben, wie die ganze deutsche Nation hierin auf das Tiefste getränkt, wie auch der Bürger, Vize-Präsident Westrum tief ergriffen von dem standrechtlich Ermordeten sprach, welcher ermordet sei, da er nicht mit Waffen in der Hand ergriffen, da erhob sich die ganze Versammlung, entblößte ihre Häupter und eine lange tiefe Pause feierte das Andenken des Gestorbenen. Es war beschlossen, auch des Geopferten in der Adresse zu gedenken. Wir schließen unsern Bericht mit diesen Worten:

„Wehl viel hat uns der Tod genommen,  
 Mehr noch das Leben uns geraubt;  
 Doch drum, ihr Brüder, unbelommen,  
 Noch trägt die Freiheit stolz ihr Haupt;  
 Noch blieb ihr Bild — was liegt am Rahmen?  
 Wen wird das schlechte Holz gereu'n?  
 Laßt morden sie, die großen Namen,  
 Sie lehren wieder, wie sie kamen  
 Und werden neuer Helben Samen  
 In unsrer Todten Asche streuen.“

\* Berlin, vom 15. Nov. Die National-Versammlung wollte heute Abend um 8 Uhr wieder eine Session im „Hotel Wilson“ abhalten und es waren 228 Mitglieder, mithin eine beschlussfähige Anzahl anwesend. Indef erschien sofort nach deren Eröffnung ein Offizier mit Soldaten, der die Versammlung zum Auseinandergehen aufforderte. Als dieselbe inder ihre ruhige imponirende Haltung behielt und nach der schriftlichen Ordre fragte, entfernte sich der Offizier, um diese einzuholen. Sofort faßte darauf die Versammlung einstimmig folgenden Beschluß:

„Das Ministerium Brandenburg ist nicht berechtigt über Staatsgelder zu verfügen, und Steuern zu erheben, so lange als die Nationalversammlung in Berlin nicht ungestört ihre Beratungen fortzusetzen vermag und tritt dieser Beschluß mit dem 17. Nov. d. J. in Kraft und Wirksamkeit.“

Gleich nach der Beschlußnahme reisten Beauftragte in alle Provinzen ab, um den Beschluß kund zu machen. Die Versammlung war um 9<sup>1/2</sup> Uhr noch nicht auseinandergegangen, sondern noch beisammen. — Am Abend hatte sich das Gerücht verbreitet und großes Aufsehen erregt, daß die Frankfurter Reichsversammlung das Verfahren der Regierung mißbilligt haben sollte.

Berlin, vom 15. Nov.

ein Kampf überhaupt stattfinden soll, der zum allgemeinen Aufstand der Nation das Zeichen gibt, denn gewiß ist, daß diesmal nicht die Hauptstadt, sondern die Provinzen den Ausschlag geben müssen. Das 1. Garde-Regiment ist nach Potsdam zurückbeordert worden, wo das Volk in größter Aufregung ist und der Magistrat sich für die Nat.-Vers. erklärt hat. Potsdam, und wie man sagt auch Magdeburg und Eettin sind im Belagerungszustand, bald wird man jedoch das ganze Land darin erklären müssen. Heute sind aus der Rheinprovinz viele Adressen des stärksten Inhalts eingegangen. So sind auch aus Westphalen eine große Zahl Adressen da. Münster hat sich entschieden für die Nationalversammlung ausgesprochen. Man hatte für Rheinland und Westphalen die meiste Sorge, daß sie andern Sinnes sein würden, jetzt zeigt sich jedoch, daß sie hinter den andern Provinzen nicht zurückbleiben.

Die „Reform“ von Arnold Ruge war gestern trotz des Verbots erschienen und trug an ihrer Spitze die Worte: Der General Wrangel erklärt in einem Blatte unsere Zeitung für suspendirt. Wer ist Wrangel, der es wagt die Pressefreiheit aufzuheben? — Dafür sind heute in der Frühe die Pressen der Reform mit Beschlag belegt worden und auf Ruge wird gefahndet.

Berlin, vom 14. Nov. (R. Z.) Die National-Versammlung beschloß, daß die von ihrer Commission verfaßte Adresse, veröffentlicht und dem Staatsanwalt seine Pflicht thue, mitgetheilt werden soll. Der Bericht gegen dieselbe erklärt.

Leipzig, vom 13. Nov. (R. Z.) Unsere Stadt befindet sich seit der Kundwerdung des Endes von R. Blum in einer schwer zu schildern den dumpfen Aufregung. Was wird jetzt Sachsen, was die Nationalversammlung in Frankfurt thun, um diese völkerrechtswidrige Handlung zu rächen? Wie sich unsere Stadt, die in ihm ihren rechtmäßigen Vertreter verloren hat, verhalten wird, läßt sich in diesem Augenblicke noch nicht bestimmen. Bestürzung und Erbitterung beherrschen die Gemüther, und wohin man auch hören mag, überall vernimmt man einen gemeinamen Schrei des Unwillens. Der Deutsche Verein fordert so eben durch Straßen-Anschlag die Bürgerschaft und alle Parteien zu gemeinsamen Handeln auf. Auch Stadtverordnete und Stadtrath werden Nachmittags zu einer Berathung zusammengetreten. Ob die Stadt ruhig bleiben wird, müssen wir abwarten. Die neuesten Nachrichten aus Berlin geben leider der Besorgniß Raum, daß die Reaction furchtbar ihr Haupt zu erheben gesonnen ist und alle Errungenschaften des März zu gefährden droht.

Wien, vom 9. Nov. (R. Z.) Windischgrätz soll einen Brief von Cavaignac erhalten haben voll der lobendsten Aeußerungen für sein Verfahren gegen Wien, wodurch er nicht bloß Oesterreich, sondern ganz Europa gerettet und zum Dank verpflichtet hätte [??]. Wenn der erste Mann der französischen Republik so spricht, wie muß erst das Belobungs-Decret des russischen Kaisers schmeichelhaft klingen sein!

Frankfurt, vom 14. Novbr. (D. B. Z.) Der Bericht des Ausschusses für das Verhältnis der deutschen Reichs-Versammlung und der Central-Gewalt zu den Einzelstaaten über die den „Conflict der preussischen Regierung und der National-Versammlung in Berlin“ betreffenden Anträge, liegt gedruckt vor. Der Antrag des Ausschusses lautet:

„Die Reichsversammlung wolle in Uebereinstimmung mit den von dem Reichs-Ministerium beschlossenen Maßregeln erklären, daß sie es für nöthig erachte:

1) die königliche preussische Regierung dahin zu bestimmen, daß sie die angeordnete Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg zurücknehme, sobald solche Maßregeln getroffen sind, welche ausreichend erscheinen, um die Würde und Freiheit ihrer Beratungen in Berlin sicher zu stellen;

2) daß die preussische Krone sich alsbald mit einem Ministerium umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitzt, und die Besorgnisse der reactionären Bestrebungen und Beeinträchtigung der Volks-Freiheiten zu beseitigen geeignet ist.

Jordan aus Marburg, Zacharia, Hergenbahn, Jordan aus Berlin, Schwarz, Gaym, v. Cauten, Raur aus Augsburg, Lünzel, Falk, Wiedenmann, von Raumer aus Dinkelsbühl.“

Ein von Werner aus Coblenz, Kraft aus Nürnberg und Giska gegebenes „Minoritäts-Grachten“ lautet:

Die National-Versammlung wolle erklären, daß sie es für nöthig erachte: 1) die königlich preussische Regierung dahin zu bestimmen, daß die angeordnete Verlegung und Verlegung der preussischen National-Versammlung, als mit dem Wesen und dem Rechte einer Versammlung vereinbar, die Verfassung unverträglich aufhebe; 2) daß im eventuellen Falle Maßregeln getroffen werden, welche ausreichend erscheinen, um die Würde und freie Verathung der Versammlung in Berlin sicher zu stellen; 3) daß die Krone Preußen sich alsbald mit einem Ministerium umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitzt und die Besorgnisse vor reactionären Bestrebungen und Beeinträchtigung der Volksfreiheiten zu beseitigen geeignet ist.

Der Schluß des frankfurter Sitzungs-Berichtes lautet: Es wird zur Abstimmung geschritten und endlich das oben mitgetheilte Majoritäts-Gutachten mit 239 gegen 189 Stimmen angenommen.

Zum Schluß verliest der Präsident noch einen „dringlichen Antrag“ des Hrn. Simon aus Trier und vieler Andern:

„Es sollte, in Erwägung, daß nach so eben ferner eingegangenen Briefen aus Wien über das Schicksal Robert Blum's kein Zweifel

daß er  
 Stetter-Verweigerung hat sich die Commission  
 gegen Berichte gegen